

„Die Realität ist, dass die Ukraine am Verlieren ist“ - Journalist Dimitri Lascaris

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Herzlichen Dank für Ihr Interesse an der heutigen Sendung und willkommen zu einer neuen Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza und spreche heute mit Dimitri Lascaris über den Krieg in der Ukraine mit Schwerpunkt auf den internationalen Entwicklungen. Dimitri Lascaris ist Journalist und Vorstandsmitglied von The Real News Network. Er ist außerdem Rechtsanwalt und spezialisiert auf Sammelklagen, internationales Recht und Menschenrechte. Im Jahr 2020 kandidierte er für die Führung der Grünen Partei in Kanada und wurde Zweiter. Dimitri, willkommen zurück.

Dimitri Lascaris (DL): Stets ein Vergnügen, mit Ihnen zu sprechen, Zain. Vielen Dank.

ZR: Ich möchte mit den jüngsten Entwicklungen in Bezug auf die Ukraine beginnen. Die Debatte verlagert sich nun, wie Sie wahrscheinlich wissen, von Kampfpanzern zu Kampfjets. Die Ausbildung der ukrainischen Soldaten im Umgang mit diesen Panzern findet in diesem Moment auf deutschem Boden statt, und voraussichtlich werden diese Panzer noch im März in der Ukraine zum Einsatz kommen. Das Vereinigte Königreich und die Niederlande haben sich für die Entsendung von Kampfflugzeugen ausgesprochen. Und im Falle Großbritanniens werden bereits ukrainische Piloten ausgebildet. Während des so genannten Überraschungsbesuchs von US-Präsident Biden in der Ukraine sicherten die USA der Ukraine eine zusätzliche Hilfe in Höhe von 500 Millionen zu, die auch militärische Ausrüstung wie Javelins, Howitzer und Artilleriemunition umfassen würde. Die von Russland erwartete Offensive hat bereits begonnen und ist auf Bachmut ausgerichtet. Wie schätzen Sie die Entwicklungen ein? Werden Kampfjets den Unterschied ausmachen?

DL: Diese Frage lässt sich kaum beantworten, wenn man nicht genau weiß, was auf dem Schlachtfeld passiert. Insbesondere in Bachmut, das Sie gerade erwähnt haben. Die Berichte,

die nicht nur vom russischen Verteidigungsministerium und von der privaten Militärfirma Wagner kommen, sondern sogar von westlichen Quellen der Leitmedien, einschließlich des Institute for the Study of War, einer der am häufigsten zitierten US-Denkfabriken zur Frage des Stands des Krieges, deuten alle auf eine Einkreisung von Bachmut hin und wenn nicht auf eine völlige Einschließung von Tausenden - es ist unklar, wie viele - aber Tausenden von ukrainischen Kräften dort. Bachmut, auch wenn die westlichen Medien dessen Bedeutung herunterzuspielen versucht haben, ist wirklich der Dreh- und Angelpunkt der Hauptverteidigungslinie des ukrainischen Militärs, zumindest im Donbass, wo die Hauptkämpfe stattgefunden haben. Wenn es fällt, und das scheint sehr wahrscheinlich zu sein, ist es durchaus möglich, dass die gesamte Verteidigungslinie in kurzer Zeit zusammenbricht und die russischen Streitkräfte anschließend weitgehend unbehelligt nach Kramatorsk und Slawjansk vorrücken können. Das sind die letzten beiden größeren Gemeinden im Donbass, die nicht von Russland kontrolliert werden. Jeder vernünftige militärische Beamte aus dem Westen oder ein politischer Führer würde sich angesichts dieser Entwicklung fragen: Was bringt es, in diesem Stadium zusätzliche Waffen, insbesondere F-16, in die Ukraine zu schicken? Werden sie in der Lage sein, sie in einer Weise einzusetzen, die den Verlauf des Krieges verändern wird? Wird es bereits zu spät sein, wenn sie eintreffen und geschult worden sind? Würden wir Luftstreitkräfte und Kampfeinheiten opfern, die für die Verteidigung unserer eigenen Grenzen sehr wichtig sind? Ich denke also, je mehr sich die Lage im Donbass für die Ukraine verschlechtert, desto unwahrscheinlicher erscheint es, dass dem ukrainischen Militär nicht nur F-16, sondern auch andere schwere und hochentwickelte Waffen in größerer Zahl zur Verfügung gestellt werden. Selbst wenn sie F-16 zur Verfügung stellen und sich das Blatt wenden würde, wäre das sehr überraschend, denn die Russen verfügen über eine äußerst ausgeklügelte Luftabwehr und ein gigantisches Kontingent an sehr komplexen Kampfflugzeugen. Und sie kämpfen schon seit Monaten auf diesem Kriegsschauplatz. Sie konnten also ihre Fertigkeiten beim Abschuss feindlicher Flugzeuge verfeinern. Es würde mich sehr überraschen, wenn sich dadurch ein wesentlicher Unterschied ergeben würde. Aber wenn es so wäre, dann hätten wir es mit einer potenziell sehr ernsten Eskalation des Krieges zu tun. Ich glaube also nicht, dass dies eine gute Idee ist, egal wie man es dreht und wendet. Ich halte es für eine katastrophale Idee. Ich habe es schon so oft gesagt und ich werde es auch weiterhin wiederholen. Vernünftige, rationale und humane Menschen würden derzeit Verhandlungen priorisieren, insbesondere angesichts der Ereignisse in Bachmut.

ZR: Sie erwähnten Verhandlungen. Am Jahrestag der russischen Invasion in der Ukraine schlug China einen 12-Punkte-Friedensplan zur Beendigung des Krieges vor. Die deutschen Medien prangerten diesen Plan umgehend an und erklärten, er unterstütze die Positionen und Interessen Russlands und respektiere nicht die territoriale Integrität der Ukraine. Die Tagesschau, eines der führenden deutschen Nachrichtenprogramme, ließ sogar einen Analysten zu Wort kommen, der behauptete, dieser Plan ziele darauf ab, jedes internationale Bündnis, welches sich in Bezug auf Taiwan entwickeln könnte, zu untergraben. Wie beurteilen Sie die chinesischen Absichten? Kann man ihnen trauen?

DL: Wir können nie mit Gewissheit sagen, was ein ausländischer Führer, egal welcher, im Sinn hat. Man kann sich nur ihre Aussagen anhören und diese mit den Maßnahmen vergleichen, die sie als Regierung tatsächlich ergreifen. Ich habe diesen Plan gelesen. Ich bin kein Gedankenleser, aber ich habe den Plan studiert und konnte keinerlei Verstöße gegen internationales Recht feststellen. Überhaupt nichts. Ich glaube, die allererste Klausel des chinesischen Vorschlags betrifft die Achtung der territorialen Integrität. Der Teil, auf den die Vereinigten Staaten negativ reagieren, ist meiner Meinung nach - ich meine, gehen wir einen Schritt zurück. Ich glaube nicht, dass es irgendeine Aussicht auf eine positive Reaktion der Vereinigten Staaten auf diesen Plan gab, denn sie wünschen kein Ende des Krieges. Sie sehen dies als eine Gelegenheit, Russland zu schwächen. Und zweitens wollen sie nicht, dass China auf der internationalen Bühne Anerkennung für die Ermöglichung des Kriegsendes erfährt. Daher war es wohl unvermeidlich, dass sie den Vorschlag ablehnen würden. Aber ich denke, der Teil, über den sie sich besonders empören, ist, dass der Plan auch ein Ende der einseitigen Sanktionen vorsieht. Dies entspricht dem internationalen Recht eigentlich vollständig. Nach internationalem Recht sind die Sanktionen, die der Westen routinemäßig gegen seine offiziellen Feinde verhängt, ein Verstoß. Es handelt sich dabei fast schon um Kriegshandlungen, insbesondere um Sanktionsregelungen, die speziell auf die Zerstörung von Volkswirtschaften abzielen. Dies sollte nur durch multilaterale, wirklich internationale Sanktionsregelungen der Vereinten Nationen geschehen, die vor den Vereinten Nationen eingehend debattiert worden sind. Ich denke, dass sie daher besonders negativ reagieren, da Sanktionen natürlich zur primären Waffe der amerikanischen/westlichen Hegemonie geworden sind. Letztendlich bin ich also über die Reaktion nicht überrascht. Ich halte sie für sehr bedauerlich. Die Chinesen wünschen sich aufrichtig ein Ende des Krieges, ebenso wie die große Mehrheit der Staaten, die sich positiv geäußert haben. Interessanterweise war einer der Staaten, zumindest in Europa, der dies als einen positiven Schritt ansah, die ungarische Regierung von Viktor Orban. An Viktor Orban kann viel Kritik geübt werden, aber aus meiner Sicht ist er, was diesen Krieg und insbesondere die Reaktion auf den chinesischen Vorschlag betrifft, einer der vernünftigeren Menschen in der Europäischen Union.

ZR: Lassen Sie uns einige Argumente durchgehen, die gewöhnlich gegen Verhandlungen und Diplomatie vorgebracht werden. Lassen Sie mich mit dem ersten beginnen, und wenn Sie mit Ihrer Antwort fertig sind, werde ich zum nächsten Argument übergehen. Das erste Argument ist gegen Frieden und Diplomatie. „Sollte der Westen die Ukraine nicht mit Waffen in eine stärkere Position versetzen, sodass sie bei tatsächlichen Verhandlungen mehr Zugeständnisse erlangen können?“

DL: Theoretisch klingt das gut, aber es ist völlig realitätsfern. Tatsächlich habe ich gerade einen Kommentar zu genau dieser Frage geschrieben. In den letzten Monaten erklärte Antony Blinken, US-Außenminister, dass Versuche, die Krim mit Gewalt zurückzuerobern, eine Grenze für die Putin-Regierung darstellen. US-Beamte haben nach Angaben von - ich glaube, es war Politico - dem Kongress ein geheimes Briefing zukommen lassen, in dem sie

bezweifelten, das ukrainische Militär könne die Krim zurückerobern. Im Wall Street Journal wurde in den letzten 24 bis 48 Stunden berichtet, dass die Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs ein offenes Gespräch mit Wolodymyr Selenskyi führten, bei dem sie ihm sagten, es sei an der Zeit, ernsthafte Gespräche zu einzuleiten, wenn es ihm nicht gelinge, in naher Zukunft einige spektakuläre Siege auf dem Schlachtfeld zu erringen. Der neu gewählte tschechische Regierungschef Havel, der als NATO-Befehlshaber an der Münchner Sicherheitskonferenz teilnahm, sagte, es sei absolut denkbar, dass Versuche, Gebiete zurückzuerobern, zu unerträglichen Verlusten an ukrainischem Leben führen würden. Das waren seine Worte. Und dann sagte Josep Borrell, außenpolitischer Verantwortlicher der EU, am letzten Tag der Münchner Sicherheitskonferenz, dass der Krieg zu Ende sei, wenn Europa, dessen Waffenarsenale fast vollständig erschöpft sind, nicht irgendwie einen Weg finde, die Lieferung von Munition an die Ukraine zu beschleunigen. Es ist vorbei. Das ist der Wortlaut, den er benutzt hat. Und das war noch vor der Einkreisung von Bachmut, die erst in den letzten 24 bis 48 Stunden stattfand. Jede humane, vernünftige Außenpolitik sollte sich also an der Realität orientieren. Ich glaube nicht, dass ich diesen Standpunkt erläutern muss. Die Realität ist, dass die Ukraine am Verlieren ist. Sie ist am Boden zerstört. Sie erleidet gigantische Verluste. Ein US-Marineinfanterist hat gerade einem amerikanischen Medienvertreter mitgeteilt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung eines Soldaten an der Frontlinie in Bachmut 4 Stunden beträgt. 4 Stunden. Das ist schockierend. Die Realität ist also, dass wir mehr Waffen an die Ukraine liefern. Russland, wie Obama schon vor vielen Jahren feststellte, hat eine Eskalationsdominanz in der Ukraine und wird stets in der Lage sein, den Westen zu übertreffen. Es wird mit mehr Gewalt reagieren, als ihm entgegengebracht wurde. Und das alles, Zain, wird in der vollständigen Auslöschung der Ukraine enden. So wird es ausgehen. Deshalb weise ich diejenigen kategorisch zurück, die sagen, dass der Weg zum Frieden über mehr Waffen führt. Ich halte das für völlig absurd.

ZR: Das zweite Argument, das üblicherweise von der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock, vorgebracht wird, ist: „Verhandlungen können nicht aus einer Position der Unterwerfung heraus geführt werden, und solange die Ukraine ihr Territorium nicht zurückgewinnt, ist es grundsätzlich ungerecht und unmoralisch.“

DL: Diese Botschaft, dieses Argument steht meiner Meinung nach nicht im Einklang mit den Behauptungen von Frau Baerbock und anderen führenden Politikern der Welt, dass die Ukraine Gewinne erzielt. Ich meine, wenn die Ukraine erfolgreich ist, warum beschreibt sie dann den aktuellen Stand der Dinge als eine Position der Unterwerfung? Aber letzten Endes müssen wir auf den Boden der Tatsachen zurückkehren. Vergleichen wir, wohin dies führen wird oder wohin dies führt und wo wir in sechs Monaten wahrscheinlich sein werden, mit dem derzeitigen Stand der Dinge in der Ukraine. Die Verhandlungsposition der Ukraine wird sich verschlechtern. Das ist die große Wahrscheinlichkeit. Im Moment, und das ist für die Ukraine strategisch sehr wichtig, verfügt die Ukraine noch über einen Zugang zum Schwarzen Meer. Sie hat immer noch die Kontrolle über Odessa. Diese könnten sie verlieren. In den letzten Tagen wurde viel Aufruhr um Transnistrien gemacht. Und die Russen sind sehr

besorgt über eine Ansammlung ukrainischer Streitkräfte nahe der Grenze zu Moldawien. Sie waren von Beginn dieses Krieges an sehr besorgt um die Sicherheit der ethnisch russischen Bewohner Transnistriens. Es ist durchaus möglich, dass sobald das ukrainische Militär durch einen russischen Angriff oder eine russische Offensive hinreichend geschwächt ist, die Russen auf Odessa vorrücken und versuchen werden, eine Landbrücke nach Transnistrien zu errichten, um der Ukraine jeglichen Zugang zum Schwarzen Meer zu verwehren und das Land vollständig einzuschließen. Das wäre eine strategische Katastrophe für die Ukraine. Und ich habe noch nicht einmal alle Menschen erwähnt, die dabei sterben werden. Wir müssen uns den aktuellen Stand der Dinge ansehen und überlegen, wie es weitergehen könnte. Frau Baerbock verbreitet falsche Hoffnungen. Es ist schlichtweg wahnhaft. Sie stellt sich vor, dass die Lieferung von mehr Waffen an die Ukraine das Blatt wenden und letztendlich zu einer deutlichen Stärkung der Verhandlungsposition der Ukraine führen wird. Ich glaube einfach nicht, dass das der aktuellen Realität entspricht, traurigerweise.

ZR: Schließlich wird argumentiert: „Wir verhandeln nicht mit Diktatoren und Terroristen wie Putin.“ Was halten Sie von davon?

DL: Zunächst einmal ist das einfach nicht wahr. Im Laufe der Menschheitsgeschichte haben die westlichen Mächte oft mit Personen verhandelt, die sie als sehr anstößige menschliche Wesen erachteten, weil sie erkannten, dass die Alternative schlimmer war. Die Alternative wäre ein lang anhaltender Krieg und die Zerstörung ganzer Zivilisationen und möglicherweise der gesamten Menschheit gewesen. Und das geschieht im Nuklearzeitalter. Ich glaube also einfach nicht, dass das wahr ist. Aber was noch wichtiger ist: Ich denke, dass es eine grobe Vereinfachung der russischen Regierung darstellt. Es ist eine Karikatur. Diese Schwarz-Weiß-Darstellung von Gut und Böse, die wir im Westen zu hören bekommen, spiegelt nicht die Komplexität und die Nuancen dieses Krieges und seiner Geschichte wider. Ich werde nicht alles rezitieren, was Sie und ich in vergangenen Gesprächen besprochen haben, aber es gab tatsächlich Millionen ukrainischer Bürger russischer Abstammung, die vom ukrainischen Militär im Donbass und in Luhansk bedroht wurden. Tausende von ihnen wurden in den acht Jahren vor der Invasion im Februar letzten Jahres durch Beschuss getötet. Und in den Tagen vor dem Einmarsch Russlands hat der Beschuss von Donezk, dem Donbass, durch ukrainische Streitkräfte dramatisch zugenommen. Russland und natürlich auch die ganze Problematik der NATO-Erweiterung, die Garantien, die die westlichen Mächte Gorbatschow gegenüber machten, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde, wurden wiederholt verletzt. Es gab also berechtigte Beschwerden und Bedenken der russischen Regierung. Es geht nicht nur um Putin. Es geht um die gesamte russische Regierung. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass William Burns, der heutige CIA-Direktor, zu seiner Zeit als Diplomat in Russland ein geheimes Kabel an das Außenministerium schickte, das später von WikiLeaks veröffentlicht wurde und in dem er sagte, dass er mit Menschen aus dem gesamten politischen Spektrum der russischen Politik gesprochen habe und jeder einzelne von ihnen zutiefst besorgt über die NATO-Erweiterung bis zu den Grenzen Russlands sei. Ich denke also, dass Frau Baerbock die Geschichte dieses

Konflikts stark vereinfacht - ihr Handeln ist wirklich eine Diskreditierung für sie und die Grüne Partei. Russland hatte und hat seit jeher berechtigte Bedenken, die angesprochen werden müssen. Und wenn wir diese Bedenken offen ansprechen, Zain, dann wird das nicht nur Russland, sondern uns allen zugutekommen. Es liegt im Interesse aller Europäer und der gesamten Menschheit, dass dieser Krieg beendet wird und Frieden und Stabilität in der Ukraine herrschen.

ZR: Lassen Sie uns mit weiteren internationalen Entwicklungen fortfahren. Die UN-Generalversammlung verabschiedete kürzlich eine nicht bindende Resolution, in der Russland aufgefordert wurde, den Krieg zu beenden und sich aus dem ukrainischen Gebiet zurückzuziehen. Die Resolution wurde mit 141 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen angenommen. Asiatische Schwergewichte wie China und Indien enthielten sich. Brasilien stimmte sogar für die Resolution. Bedeutet diese Resolution einen Wandel des Globalen Südens in Bezug auf seine Haltung gegenüber Russland?

DL: Nein, das glaube ich nicht. Ich denke, dass das Abstimmungsverhalten in diesem Fall größtenteils mit den vergangenen Abstimmungen der UN-Generalversammlung in Bezug auf diesen Krieg konsistent war. Und wenn man nachrechnet - ich habe es nicht speziell für diesen Fall getan, aber ich bin die Liste der Länder durchgegangen, die sich bei der letzten Resolution der UN-Generalversammlung zum Ukraine-Krieg der Stimme enthalten und mit „Nein“ gestimmt haben. Die Länder, die entweder gegen die Resolution gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben, repräsentieren über 50 % der Weltbevölkerung. Und ich glaube, jetzt sind es etwa 50-50. Und seien wir doch mal ehrlich, Zain. Wir sollten alle erwachsen sein und erkennen, wie die Generalversammlung der Vereinten Nationen heute tatsächlich funktioniert. Ich führe gerade eine Studie über die aktuelle Sitzung der UN-Generalversammlung durch, um das Abstimmungsverhalten zu ermitteln, nicht nur in Bezug auf den Krieg, sondern zu einer ganzen Reihe von Themen: Atomwaffen, Palästina und dergleichen. Dabei zeigt sich immer wieder, dass eine große Anzahl kleiner Staaten, die dem Druck der USA besonders ausgesetzt sind, stets im Sinne der Vereinigten Staaten abstimmt, wie etwa Mikronesien, Palau, die Marshallinseln, Liechtenstein, Andorra, Monaco. Wenn man sich also diese Liste anschaut, sage ich nicht, dass es keine Schwergewichte gibt, die für diese Resolution gestimmt haben - es gibt eine Reihe von Schwergewichten - aber viele der Staaten, die für diese Resolution stimmten, repräsentieren einen winzigen Anteil der Bevölkerung und sind einem immensen wirtschaftlichen Druck seitens der Vereinigten Staaten ausgesetzt. Ich glaube also nicht, dass wir dem zu viel Gewicht beimessen sollten, vor allem wenn man sich die Verteilung der Weltbevölkerung auf die Staaten ansieht, die mit „Nein“ gestimmt oder sich enthalten haben.

ZR: Russlands Präsident Putin und US-Präsident Biden haben kürzlich wichtige Reden gehalten. Während seines Besuchs in Polen erklärte Biden, dass die Russen in der Ukraine niemals gewinnen werden, während Putin den Westen für den Krieg in der Ukraine verantwortlich macht und eine Aussetzung des Vertrags zur Reduzierung strategischer

Waffen, auch bekannt als START-Vertrag, ankündigte, der die Anzahl der strategischen Atomsprengköpfe, die die Vereinigten Staaten und Russland einsetzen können, begrenzt. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen? Bewegen wir uns auf eine nukleare Konfrontation zu?

DL: Wir steuern mit Sicherheit auf ein nukleares Wettrüsten zu. Das nukleare Wettrüsten ist mit aller Macht wiederbelebt worden. Auch hier sollten wir einen Blick in die Vergangenheit werfen. Wie kam es dazu? Die Demontage der rechtlichen Infrastruktur für die Verbreitung von Kernwaffen begann mit dem Ausstieg der Bush-Regierung aus dem ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty), der meines Wissens im Jahr 2004 erfolgte. Und dann kündigte die Trump-Regierung 2018 den INF-Vertrag. Und die Trump-Regierung zog sich im selben Jahr aus dem JCPOA, dem Atomabkommen mit dem Iran, zurück, obwohl die Internationale Atomenergiebehörde bescheinigte, dass der Iran das Abkommen einhält. Die USA zogen sich daher konsequent zurück, um die Nichtverbreitungsarchitektur zu demontieren. Ganz zu schweigen von den Verpflichtungen, die alle großen Atommächte im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags eingegangen sind, denn sie sollten sich eigentlich auf den vollständigen Abbau ihrer Atomwaffenarsenale zubewegen, während sie seit Jahrzehnten das Gegenteil tun. Das hat uns letztendlich an diesen Punkt gebracht. Ich bedaure das Vorgehen der Regierung Putin sehr. Ich wünschte, sie hätte anders gehandelt, aber es ist sehr schwierig, der Putin-Regierung die Schuld dafür zu geben, dass sie kein Vertrauen mehr in die gegenseitigen Inspektionsverfahren im Rahmen des START-Vertrags hat. Angesichts dessen, was bis jetzt geschehen ist. Ich denke also, um noch einmal auf die Frage zurückzukommen, wie wir eine Deeskalation herbeiführen und die Abrüstung wiederbeleben können, muss dies mit einem Ende dieses Krieges beginnen. Wir können realistischlicherweise nicht erwarten, dass wir bei der Nichtverbreitung und dem Abbau der weltweiten Atomwaffenarsenale, die eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit darstellen, echte Fortschritte erzielen, solange sich die NATO und Russland, die beiden größten Atommächte der Welt, faktisch im Kriegszustand befinden.

ZR: Dieser Krieg hat zudem zu einer zunehmenden Militarisierung geführt. Wie Sie erwähnten, werden die Forderungen nach einer Erweiterung der NATO immer lauter. Der Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO wird derzeit von der Türkei blockiert, aber Analysten zufolge ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich das Blatt wendet. Darüber hinaus gibt es Pläne, die hochrangigen Truppen der NATO von 40.000 auf 300.000 aufzustocken und die Ostfront zu verstärken, um das zu verhindern, was man hier in den deutschen Medien als russische Expansion bezeichnet. Auch in Deutschland findet derzeit eine Debatte über die Erhöhung der Sozialausgaben, z.B. für die Versorgung der Kinder in Kindergärten und Schulen, gegenüber der Erhöhung des Militärhaushalts statt. Glauben Sie, dass diese Entwicklungen das soziale Gefüge des Westens beeinträchtigen werden? Und auch, und das ist das andere Argument: „Ist eine verstärkte Militarisierung notwendig, um einen weiteren möglichen Angriff aus Russland zu verhindern?“

DL: Es ist erstaunlich, dass immer dann, wenn im Westen über die enorme Aufstockung der Militärbudgets gesprochen wird, die Tatsache ignoriert wird, dass der kollektive Militärhaushalt der NATO vor der Invasion etwa 1,2 Billionen Dollar betrug. Ich möchte diese Zahl wiederholen: 1,2 Billionen US-Dollar pro Jahr. Der jährliche Militärhaushalt Russlands belief sich vor der Invasion auf rund 60 Milliarden US-Dollar. Und der jährliche Militärhaushalt Chinas, dessen Wirtschaft wesentlich größer ist als die Russlands, betrug etwa 300 Milliarden, ich glaube 300 bis 330 Milliarden. Russland und China verfügten also zusammen über einen Militärhaushalt, der weit unter 50 % des kollektiven Militärhaushalts der NATO lag. Er lag sogar unter 50 % des Militärhaushalts der USA allein. Warum also stellen wir die Frage, weshalb das derzeitige Niveau der Rüstungsausgaben nicht ausreicht, um die NATO-Staaten vor den angeblichen Bedrohungen zu schützen, die von den russischen und chinesischen Militärausgaben ausgehen? Reicht es nicht, dass wir in der NATO bereits das 2- bis 3-fache ausgeben? Wohin fließt dieses Geld? Die Antwort ist ganz offensichtlich, das Geld fließt in die Bereicherung der Waffenhersteller, die uns blindlings ausrauben. Sie verkaufen uns militärische Ausrüstung, die extrem überbewertet und obszön teuer ist. Bei jeder Preisangabe, die sie uns unterbreiten, erhöht sich der zu zahlende Preis am Ende um ein Vielfaches. Irgendwie explodieren diese Budgets immer in die Höhe. Die Leute, die in den Vorständen der großen Rüstungsunternehmen sitzen, gehen in der Regierung ein und aus, als ob es eine Drehtür gäbe. Dann werden sie von den Leitmedien vorgeführt, dieselben Leute, die in den Vorständen von Waffenherstellern sitzen, und man bittet sie um ihre Meinung zu militärischen Bedrohungen, ohne dass offengelegt wird, dass sie tatsächlich finanzielle Verbindungen zu Waffenherstellern haben. Ich meine, der militärisch-industrielle Komplex hat, wie Sie wissen, und wie Dwight D. Eisenhower am Ende seiner Präsidentschaft gewarnt hat, die Demokratie im Westen praktisch zerstört. Wir sind jetzt dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet. Und allein die Tatsache, dass die Ausgaben von 1,2 Billionen Dollar pro Jahr nach Ansicht dieser Leute nicht ausreichen, sagt alles aus, was man über die Realität wissen muss. Wir werden blindlings ausgeraubt. Dieses Geld sollte in sozial nützliche Programme, Bildung, Gesundheitsfürsorge, den Übergang zu einer Wirtschaft mit erneuerbaren Energien und die Bekämpfung der Obdachlosigkeit, einem wachsenden Problem in unserer Gesellschaft, gesteckt werden. Dorthin sollte das Geld fließen. Es wird aber in einen Militärhaushalt umgeleitet, der außer Kontrolle gerät. Und niemand hat eine gute Antwort darauf, warum es nicht schon genug ist.

ZR: Bei seinem Besuch in Kiew kündigte Biden weitere Sanktionen gegen Russland an. Erst vor wenigen Tagen gab die EU ihr zehntes Sanktionspaket bekannt, das laut der Website der EU-Kommission Handels- und Finanzsanktionen sowie weitere Ausfuhrverbote im Wert von mehr als 11 Mrd. Euro umfasst und darauf abzielt, der russischen Wirtschaft wichtige Technologie- und Industriegüter zu entziehen. Außerdem werden die Durchsetzungs- und Umgehungsmaßnahmen verschärft, einschließlich einer neuen Meldepflicht für russische Zentralbankguthaben. Glauben Sie, dass diese Sanktionen die russische Wirtschaft lähmen und zur Beendigung des Krieges beitragen werden?

DL: Absolut nicht. Der IWF veröffentlichte gerade seine Prognosen für das globale Wirtschaftswachstum, wobei das für die russische Wirtschaft prognostizierte Wachstum recht gering ausfiel. Dennoch war es ein Wachstum. Und die Vorhersage für das russische BIP im kommenden Jahr war größer als die von Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Das Vereinigte Königreich befindet sich in der Tat in einem wirtschaftlichen Desaster, was zum Teil auf den Anstieg der Energiepreise infolge der Sanktionen zurückzuführen ist. Tatsächlich hat einer der führenden Intellektuellen Frankreichs, Emmanuel Todd, vor ein oder zwei Monaten ein ausgezeichnetes Interview mit Le Figaro geführt, in dem er über die Produktion von Gütern in Russland sprach, die die Welt benötigt. Ein Großteil des Bruttoinlandsprodukts, das man im Westen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, beobachtet, ist nur eine, Sie wissen schon, finanzierte Fantasie. Es repräsentiert nicht wirklich die Produktion von Gütern, die für das Wohlergehen der Menschen wichtig sind. Wenn man der Weltwirtschaft tatsächlich die von Russland produzierten Güter entziehen würde, den Dünger, das Getreide, das Öl, das Gas, die Mineralien, dann wäre das katastrophal für die Weltwirtschaft. Ich glaube, das ist ihnen durchaus bewusst. Und so ist vieles davon nur ein Schauspiel, diese Sanktionen. Sie sollen der russischen Wirtschaft schaden. Daran besteht kein Zweifel. Aber gleichzeitig gehen sie dabei ziemlich raffiniert vor und erlauben Staaten wie Indien mit einem Augenzwinkern, russisches Gas zu recyceln und es dann auf dem Weltmarkt zu verkaufen, da sie wissen, dass es für die Weltwirtschaft ein riesiges Problem darstellen würde, wenn sie das nicht täten. Die Sanktionen sind letztlich wirkungslos, solange zwei riesige Volkswirtschaften wie China und Indien mit Russland Geschäfte tätigen, wie sie es tun. In der Tat floriert das Geschäft mit Russland und wächst rapide. Hinzu kommen Länder wie die Türkei. Sie haben den Iran, sogar Mexiko. Mexiko, das direkt an die Vereinigten Staaten grenzt und Teil des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens ist, hat Sanktionen gegen Russland abgelehnt. Das ist eindeutig missglückt. Ich glaube, dass wir uns deshalb in dieser äußerst gefährlichen Situation befinden, da der Westen nicht damit gerechnet hat, dass Russland in der Lage sein würde, die Sanktionen zu überstehen. Obama bezeichnete Russlands Wirtschaft verächtlich als eine Tankstelle, die vorgibt, eine Nation zu sein. Nein, es hat sich herausgestellt, dass sie für die Gesundheit der Weltwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Die Menschen in China, Indien und anderswo sind sich dessen bewusst. Und der Westen hatte keinen Plan B, Zain. Sie haben nicht in Betracht gezogen, was passiert, wenn die Sanktionen fehlschlagen? Egal wie viele Sanktionen wir verhängen, die russische Wirtschaft überlebt und floriert und Russland entscheidet sich dann für eine militärische Eskalation. Was sie ja auch getan haben. Es gab keinen Plan B, und was passiert jetzt? Ihnen gehen die Waffen aus. Deshalb hat Josep Borrell erklärt, dass dieser Krieg zu Ende sein wird, wenn wir nicht auf magische Weise mehr Munition in die Ukraine bringen können. Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wie eine kaputte Schallplatte anhöre: Das Vernünftigste, Rationalste und Menschlichste, was wir tun können, ist, jetzt ein Friedensabkommen auszuhandeln, bevor die Dinge noch viel schlimmer werden. Und ich denke, jeder vernünftige Mensch kann erkennen, dass dies genau das ist, worauf die Situation hinausläuft.

ZR: Um auf meine letzte Frage zurückzukommen: Unsere Außenministerin Annalena Baerbock hat vor kurzem Leitlinien für eine feministische Außenpolitik vorgestellt, die den Schutz von Frauen beinhaltet und die Gleichberechtigung in der ganzen Welt gewährleistet. Außerdem hat Annalena Baerbock auf der 52. Sitzung des Menschenrechtsrates auf die Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen Frauen in Afghanistan und im Iran konfrontiert sind, und auch erwähnt, dass Russland Berichten zufolge Kinder entführt, Kinder im Krieg in der Ukraine. Wie bewerten Sie den Aufruf unseres Außenministers zu Feminismus und Menschenrechten? Sollte man dies als ernsthafte Botschaft auffassen?

DL: Bevor ich darauf antworte, möchte ich kurz erwähnen, dass ich nicht weiß, inwieweit die Behauptung, Russland entföhre Kinder, wahr ist oder nicht wahr ist. Ich nehme Behauptungen dieser Art mit Vorsicht zur Kenntnis. Ich gehe nicht davon aus, dass sie falsch sind. Ich gehe nicht davon aus, dass sie wahr sind. Natürlich bestreitet die russische Regierung diese Behauptungen vehement. Im derzeitigen propagandistischen Umfeld ist es sehr schwer zu wissen, wer die Wahrheit sagt. Deshalb sollten wir uns alle mit einem Urteil zurückhalten und abwarten, bis eine wirklich unabhängige, gründliche Untersuchung dieser und anderer Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen durch Russland in diesem Krieg durchgeführt worden ist. Aber ganz abgesehen davon sind die Prinzipien, die sie vertritt, natürlich lobenswert. Welcher ethisch denkende Mensch würde sie nicht unterstützen? Aber die Außenpolitik der westlichen Staaten ist alles andere als förderlich für die Menschenrechte und insbesondere für die Rechte der Frauen. Betrachten wir nur den Fall Saudi-Arabien. Mein Land, Kanada, verkauft für 15 Milliarden Dollar schwere Waffen an Saudi-Arabien, eines der frauenfeindlichsten Regime der Welt. Sehen Sie sich an, wie die israelischen Streitkräfte die Palästinenser und insbesondere palästinensische Frauen und Kinder behandeln. Annalena Baerbock macht sich Sorgen um die Kinder in Russland? B'Tselem, eine israelische Menschenrechtsorganisation, dokumentiert seit Jahren, wie die israelischen Streitkräfte palästinensische Kinder foltern, ich wiederhole, nicht nur entführen, sondern foltern. Die israelische Militärverwaltung ist meines Erachtens die einzige in der Welt, die Kinder vor Militärgerichte stellt, die praktisch keine rechtsstaatlichen Garantien bieten. Und Deutschland ist einer der schärfsten Verteidiger Israels auf internationaler Ebene. Unerbittlich. Man kann in Deutschland kaum das palästinensische Volk verteidigen, ohne von der Regierung strafrechtlich verfolgt zu werden, des Antisemitismus beschuldigt zu werden und schließlich auf irgendeine Weise zum Schweigen gebracht zu werden. Die Rhetorik von Frau Baerbock ist also wunderbar, aber die Realität der deutschen und westlichen Außenpolitik steht in starkem Widerspruch zu den von ihr behaupteten Zielen.

ZR: Dimitri Lascaris, Journalist und Rechtsanwalt, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

DL: Ein Vergnügen. Danke, dass ich wieder hier sein durfte.

ZR: Und Ihnen danke ich für Ihr Interesse. Vergessen Sie nicht, unsere alternativen Kanäle auf Rumble und Telegram zu abonnieren. YouTube schlägt neuen Zuschauern unsere Videos nicht mehr so vor wie noch vor ein paar Jahren. Wenn Sie also weiterhin informiert bleiben wollen, sollten Sie sich unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram anschließen. Wir bitten auch um eine Spende. Wenn Sie dieses Video ansehen, sollten Sie bedenken, dass ein ganzes Team von Freiwilligen und Minijobbern an der Kamera, dem Licht, dem Ton und im Falle unserer deutschen Videos auch an der Übersetzung, dem Voice-over und der Korrektur beteiligt ist. Spenden Sie also unbedingt, damit wir weiterhin unabhängige, gemeinnützige Nachrichten und Analysen produzieren können. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE